

The State of Europe

Die Europa Rede



„Europa
zu einer Heimat machen!“

9. November 2013 | Allianz Forum, Berlin



Vorwort

Herman Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates, hat 2013 in Berlin seine zweite Rede zu Europa gehalten. Die Europa-Rede hat damit bereits ihren ersten Zyklus abgeschlossen: 2010 startete sie mit Herman Van Rompuy, 2011 sprach José Manuel Barroso, der Präsident der Kommission, und 2012 Martin Schulz als Präsident des Europäischen Parlaments.

Dies ist die Intention der Europa-Rede und ihrer Veranstalter, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und der Stiftung Zukunft Berlin: Wir wollen der europäischen Öffentlichkeit die drei Spitzenpolitiker dieses Europas präsentieren. Noch viel zu wenig ist dieses Spitzenpersonal unserer europäischen Arbeit im Bewusstsein der Menschen in Europa. Wie aber soll die Arbeit für das gemeinsame Europa in den Augen der Europäerinnen und Europäer Gestalt annehmen, wenn sie noch nicht einmal die Spitzen der bedeutendsten Institutionen wahrnehmen?

Wir erfragen von diesen europäischen Repräsentanten deren persönliche Sicht auf die Situation Europas. Dabei wollen wir keine weiteren offiziellen Statements – wir wollen persönliche Bekenntnisse. Da hat Herman Van Rompuy am 9. November 2013 in seiner Rede ganz am Anfang einen Punkt gesetzt, der auch uns bewegt. Er sprach davon, dass Europa einen neuen Start brauche, und dass dieser Start von einem „Europa für alle“ geprägt sein müsse.

Ziel ist es, die Europäerinnen und Europäern „ihr“ Europa leben und verantworten zu lassen. Nicht ein Europa, das ihnen von dem „Brüsseler Zentralen“ mehr oder weniger vorgegeben wird. Ein Europa vielmehr, das ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entspricht, das sie deshalb als ihr eigenes begreifen können. Für das sie sich voller Überzeugung einsetzen und das sie in persönlicher Verantwortung mittragen

können. Das sie aus eigener Motivation wollen und als notwendig ansehen.

Damit ist dann sogar nicht nur das Europa „für alle“ intendiert. Es ist mehr, es ist das Europa „aller“. Dies ist mehr als nur ein feiner Unterschied. Denn dann geht es um ein Europa, das nicht nur für seine Bewohner gestaltet und entwickelt wird, von wo auch immer her und sicherlich mit bester Absicht. Auch nicht um ein Europa, das seinen Bürgerinnen und Bürgern durch seine zentralen Institutionen zur Verfügung gestellt wird.

Dann geht es um ein Europa, für das seine Bürgerinnen und Bürger zu allererst und am Ende selbst Verantwortung tragen. Weil es das ihre ist, das sie aus eigenem Interesse und im Bewusstsein ihrer Eigentümerschaft selbst mitgestalten und mitverantworten.

Diese Mitverantwortung hat im Wahlrecht eine ganz besondere Konkretisierung, aber sie erschöpft sich damit nicht. Die Europäische Union wird die notwendige Stabilität nur dann erreichen, wenn sie sich auf die andauernde Produktivität und Aktivität ihrer Bewohner stützen kann. Wenn diese mit Ideen und Initiativen an ihrem gemeinsamen Europa mitbauen. Eben ein Projekt aller, nicht nur für alle.

Was dies bedeuten kann, dafür ist „Die Europa-Rede“ ein kleines Beispiel. Auch wenn sie gehalten wird von den Präsidenten der führenden europäischen Institutionen, so ist die Initiative selbst eine von europäischen Bürgern. Wir, die beteiligten Stiftungen, haben dieses Projekt ins Leben gerufen und werden es auch in Zukunft verantworten. So sorgt eine bürgerschaftliche Initiative dafür, dass Europa Gelegenheit hat, seinen höchsten politisch Verantwortlichen zu begegnen und mehr über ihre Grundsätze und Überzeugungen zu erfahren.

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Joachim Rogall
Geschäftsführer
der Robert Bosch Stiftung

Dr. Volker Hassemer
Vorstandsvorsitzender
der Stiftung Zukunft Berlin

Das Europäische Parlament ist ein Herzstück der europäischen Demokratie

Herzlich willkommen zur vierten Europa-Rede, in diesem Jahr im Allianz Forum am Pariser Platz, im Herzen Berlins, in Sichtweite zum Brandenburger Tor, dem Symbol für die Teilung und die Einheit dieser Stadt, dieses Landes und unseres Kontinents.

Wir, die Stiftung Zukunft Berlin, die Robert Bosch Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung, freuen uns, dass Sie unserer Einladung wieder einmal so zahlreich gefolgt sind.

Der 9. November ist ein geschichtsträchtiges Datum, für Deutschland und Europa. Uns Deutsche befallen an diesem Tag zwiespältige Gefühle.

Zum einen Scham und Bestürzung angesichts der unsäglich Verbrechen, die am 9. November 1938 in ganz Deutschland unzählige Opfer forderten. Niemals werden wir vergessen, was geschah und wie es geschah. Es ist unsere Pflicht, die Geschehnisse dieses Tages in mahnender Erinnerung zu bewahren. Es ist unsere Aufgabe, diese Erinnerung an die kommenden Generationen weiterzugeben.

Zum anderen empfinden wir grenzenlose Freude, wenn wir an den Fall der Mauer vor 24 Jahren denken. Frieden und Freiheit siegten über Unfreiheit und Unterdrückung. Die Einheit Deutschlands wurde möglich – und mit ihr die weitere Einigung Europas!

Mit der Europa-Rede wollen wir einen Beitrag dazu leisten, das historische Werk der europäischen Einigung voranzubringen.

Wir laden die höchsten Repräsentanten der Institutionen der Europäischen Union ein, uns ihre Gedanken über die Europäische Union darzulegen.

2010 war es der Präsident des Europäischen Rates. 2011 folgte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, und 2012 der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz.



Heute schließt sich der Kreis: Wir begrüßen zum zweiten Mal bei unserer Europa-Rede ganz herzlich den Präsidenten des Europäischen Rates!

Verehrter Herr Präsident, lieber Herman Van Rompuy, wir freuen uns, dass Sie nach der ersten auch die vierte Europa-Rede halten. Wir sind gespannt auf Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Parallelen zu Ihrer Rede 2010. Herzlich willkommen, Herman van Rompuy!

Nächstes Jahr wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union – vom 22. bis 25. Mai – zum achten Mal das Europäische Parlament. Die europäische Demokratie feiert ihren 35. Geburtstag.

Seit 1979 ist das Europäische Parlament die einzige Institution, die die Bürgerinnen und Bürger der EU direkt vertritt. Seitdem ist seine Rolle immens gewachsen. Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich z. B. der Anteil der Mitentscheidungsbereiche auf beinahe 100 Prozent erhöht, wodurch es nahezu gleichberechtigt ist mit dem Rat der EU. Gemeinsam entscheiden Parlament und Rat auch über den Haushalt der EU in Höhe von gegenwärtig 132,8 Milliarden Euro.

Das Europäische Parlament ist heute ein Herzstück der europäischen Demokratie!

Gestatten Sie mir angesichts der bevorstehenden Europa-Wahlen eine kurze Anmerkung zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die mir sehr wichtig ist.

Mit wegweisenden Urteilen hat das Karlsruher Gericht die bisherigen Etappen der europäischen Einigung flankiert. Insgesamt hat Karlsruhe europafreundlich geurteilt: Alle großen Integrationsschritte sind im Prinzip gebilligt worden. Zugleich hat das Bundesverfassungsgericht immer wieder gemahnt, die Mitspracherechte und Kontrollaufgaben des Bundestages bei Entscheidungen zur europäischen Integration zu stärken.

Diese Linie nationaler demokratischer Legitimierung und Absicherung des europäischen Einigungsprozesses hat das Verfassungsgericht auch in seinen Entscheidungen zur Bewältigung der Staatsschulden- und Finanzkrise fortgesetzt. Das Karlsruher Gericht übernimmt auch in dieser schwierigen Zeit die wichtige Rolle des Demokratie-Hüters.

Noch überzeugender wäre es meines Erachtens in dieser zentralen Rolle jedoch, wenn Bedeutung und Eigenart des Europäischen Parlaments angemessen gewürdigt und berücksichtigt würden.

Ein aktuelles Beispiel, welches wegen der anstehenden Europawahlen besondere Brisanz aufweist, ist das Verfassungsgerichtsurteil, mit dem im November 2011 die 5-Prozent-Sperrklausel bei der Wahl zum Europäischen Parlament für nichtig erklärt wurde.

Zur Begründung führt der Zweite Senat im Wesentlichen an, es sei nicht zu erwarten, dass der Wegfall der Sperrklausel zu einer völligen Blockade der Willensbildung im Europäischen Parlament führen werde. Seine Funktionsfähigkeit sei deshalb jedenfalls nicht derart beeinträchtigt, dass kleine Parteien, die an der 5-Prozent-Hürde scheiterten, ausgeschlossen werden dürften.

Diese Argumentation ist, wie ich finde mit guten Gründen, weithin auf Kritik gestoßen – auch im Zweiten Senat selbst. Die inzwischen ausgeschiedenen Richter Udo di Fabio und Rudolf Mellinghoff haben in einem gemeinsamen Sondervotum überzeugend dargelegt, dass auch das Europäische Parlament – wie der Bundestag – vor zu starker Zergliederung der politischen Kräfte geschützt werden müsse.

Ich zitiere: „Ein Parlament, das in einem solchen Ausmaß in der politischen Verantwortung steht wie das Europaparlament, benötigt Handlungsfähigkeit auch und gerade dort, wo es in einem verhandelnden Mehrebenensystem, etwa im Verfahren der Mitentscheidung [...] eine Position durchsetzen will.“

Als Reaktion auf das Urteil aus Karlsruhe hat der Gesetzgeber mittlerweile die 5-Prozent-Klausel durch eine 3-Prozent-Hürde für die Europawahl ersetzt, um die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments zu sichern.

Mit der Einführung der 3-Prozent-Klausel wurde meines Erachtens ein guter Weg gefunden. Ein Weg, um den verfassungsrechtlichen Bedenken der Karlsruher Richter und dem Wählerwillen Rechnung zu tragen und zugleich sicherzustellen, dass das Europäische Parlament die ihm zugewiesenen Gestaltungsrechte wirksam ausüben kann.

Vom Ausgang der Wahl 2014 wird abhängen, in welchem Maße das Europäische Parlament in den darauffolgenden fünf Jahren diese Gestaltungsrechte zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen einsetzen wird.

Uns besorgt nach wie vor in besonderer Weise die Bewältigung der Krise in einigen Staaten der Eurozone.

Als ehemaliger Präsident und langjähriger Abgeordneter des Europäischen Parlaments meine ich, dass der bisher eingeschlagene Weg zur Überwindung dieser Krise dringend fortgesetzt werden muss. Eine kluge Vertiefung der Integration ist unbedingt wünschenswert.



Das Erbe der Gründerväter Europas verpflichtet uns dazu, den Weg der weiteren europäischen Einigung zu gehen!

Dieses Erbe den Menschen näher zu bringen und ihnen verständlich zu machen, sie für die Europäische Union zu begeistern und ihr Bewusstsein für den europäischen Einigungsprozess zu schärfen – das wollen wir mit der Europa-Rede bewirken.

Vor allem wollen wir junge Menschen für Europa begeistern. Die Jugend ist die Zukunft der Europäischen Union. Zugleich sind Sie verantwortlich für die Zukunft Europas. Seien Sie sich dieser Verantwortung immer bewusst! Auf Ihr Engagement für Europa kommt es maßgeblich an!

Zwei dieser engagierten jungen Bürger Europas werden heute zu uns sprechen. Wir freuen uns sehr, zum einen Heidi Beha aus Deutschland begrüßen zu dürfen. Sie ist Alumna der Robert Bosch Stiftung und der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zum anderen begrüßen wir Pawel Dudzic aus Polen, ebenfalls Alumnus der Robert Bosch Stiftung.

Liebe Heidi Beha, lieber Pawel Dudzic, wir freuen uns sehr, dass Sie uns heute Ihre Sicht auf Europa darlegen werden! Sein Sie uns beide ganz herzlich willkommen!

Ein ebenso herzliches Willkommen gilt Ihnen, lieber Volker Hassemer, Vorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin – und ein nicht minder herzliches Wort des Dankes für die erneut erfolgreiche Zusammenarbeit unserer Stiftungen beim Zustandekommen der Europa-Rede. Dieser Dank schließt die Robert Bosch Stiftung selbstverständlich mit ein.

Ein herzlicher Dank gilt dem Allianz Forum, dass wir heute hier zu Gast sein dürfen. Namentlich danke ich Ihnen, verehrter Herr Dr. Volker Deville als Leiter der Repräsentanz Berlin der Allianz sowie Ihnen, verehrter Professor Wolfgang Ischinger als Generalbevollmächtigter für Regierungsbeziehungen der Allianz.

Ebenso herzlich danke ich allen nationalen und internationalen Pressevertretern, die heute früh den Weg zu uns gefunden haben.

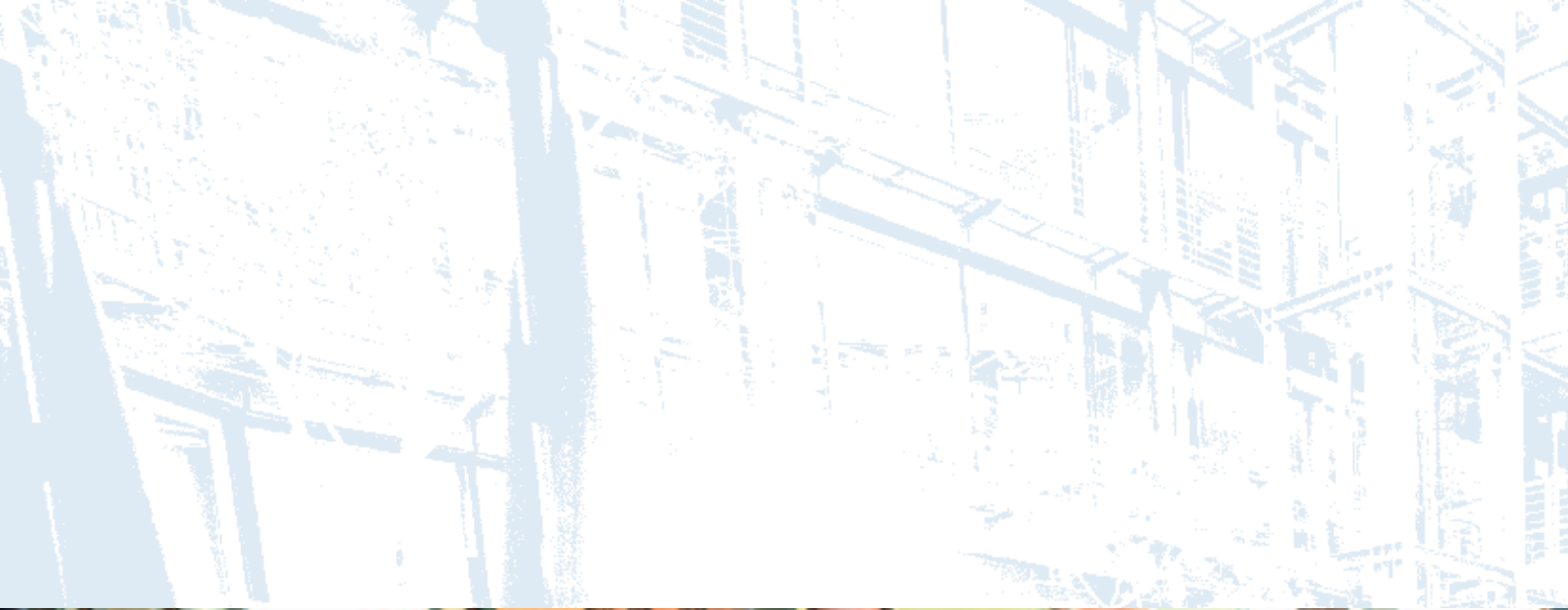
Und – zu guter Letzt –: Sie haben ihn bzw. Sie haben sie eben bereits gehört: die kleinen Sängerinnen und Sänger vom Kinderchor „Wir Kinder vom Kleistpark“ unter Leitung von Frau Elena Marx. Ihnen danken wir schon jetzt ganz herzlich für ihre wunderbare musikalische Darbietung.

Robert Schuman, einer der Gründerväter Europas – an dessen 50. Todestag die Konrad-Adenauer-Stiftung vor einigen Tagen in Bonn erinnert hat – hat in seinem Buch *Pour l'Europe* geschrieben – ich zitiere: „Wahrhaft europäisch denken, heißt, sich der Realitäten, Möglichkeiten und Pflichten bewußt werden, die uns alle [...] angehen.“

„Europäisch denken“ wollen auch wir – mit unserer Europa-Rede.

Wir wollen uns die Realitäten in Europa klar machen, über Möglichkeiten für die Zukunft unseres Kontinents nachdenken sowie den Pflichten nachkommen, die uns obliegen – für die weitere Einigung Europas!

Herzlichen Dank!



Europa für die Bürger greifbar machen

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Dr. Pöttering, sehr geehrter Herr Dr. Hassemer, sehr geehrte Frau Drexler, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich sehr, heute hier zu sein und vor so prominenten Persönlichkeiten sprechen zu dürfen. Wir haben uns heute für die Europa Rede getroffen. Eine Rede, die von führenden Repräsentanten hochrangiger europäischer Institutionen an uns als Bürger der Europäischen Union gehalten wird. Eine Rede, die die derzeitigen Perspektiven für Europa darstellt und uns die Möglichkeit bietet, uns stärker mit Europa zu identifizieren.

Europa kann und muss weiter zusammenwachsen, indem Bürger und insbesondere Institutionen die Belange ihrer europäischen Nachbarn sehen und verstehen. Für die Fortführung der europäischen Integration ist entscheidend, Europa für die Bürger greifbar zu machen. Dazu gehört, dass die europäische und nationale Verwaltung ihren Teil dazu beiträgt, das Selbstverständnis der Bürger zu stärken.

In diesem Sinne bin ich heute in zwei Rollen hier, die beide gleichermaßen für mich wichtig sind. Zum einen als Vertreter des polnischen öffentlichen Dienstes. Ich bin Beamter beim polnischen Luftfahrtamt, das dem Ministerium für Transport, Bau und Seewirtschaft in Warschau untergeordnet ist. Dort bin ich für die Beobachtung des polnischen Luftverkehrsmarktes, die Förderung des Wettbewerbs auf diesem Markt sowie die Anwendung der relevanten polnischen und europäischen Vorschriften zuständig.

Zum anderen stehe ich hier als Absolvent des Bellevue Programms vor Ihnen, das von der Robert Bosch Stiftung gemeinsam mit dem Bundespräsidialamt gegründet und mittlerweile schon im zehnten Jahr erfolgreich durchgeführt wird. Seit meiner Teilnahme am Bellevue Programm 2012 sind diese beiden Rollen des polnischen Beamten und des Bellevue Stipendi-



aten nicht zu trennen und beeinflussen sich gegenseitig.

Das Bellevue Programm stärkt die europäische Dimension der öffentlichen Verwaltung. Es bietet Beamten seit 2004 aus aktuell neun Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter Polen und Deutschland, die Möglichkeit zu einem einjährigen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat. Die Stipendiaten werden im Gastministerium in die laufende Arbeit eingebunden, wo sie mit ihrer Fachkompetenz Abteilungen unterstützen. Während ihres Auslandsaufenthaltes etablieren die Stipendiaten dauerhafte Beziehungen zwischen Heimat- und Gastministerium. Durch die grenzüberschreitende Vernetzung der Ministerien erleichtert das Programm den informellen Austausch zu Sachfragen und die gemeinsame Vorbereitung auf europäische Regelsetzungsverfahren.

Ich hatte die Möglichkeit, ein Jahr in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Meinem beruflichen Hintergrund entsprechend war ich in dieser Zeit dem deutschen Bundesministerium für Transport, Bau und Stadtentwicklung zugeordnet.

Während meines Jahres in Bonn hatte ich die Gelegenheit, europäische und wie auch außer-europäische Themen auf verschiedenen Ebenen von der deutschen Perspektive aus zu behandeln und zu betrachten.



Während meiner täglichen Aufgaben, bei Sitzungen und auf Dienstreisen war ich voll in das Team mit meinen deutschen Kollegen integriert. So konnte ich als Pole zusammen mit den deutschen Kollegen Verhandlungen Deutschlands mit Korea und Japan zum Thema Luftverkehr vorbereiten. Ich wurde sehr stark in die Entwicklung des Konzepts des einheitlichen europäischen Luftraums, des sogenannten Single European Sky, eingebunden. Dies ist ein europäisches Projekt mit dem Ziel, die Luftverkehrsströme innerhalb Europa zu optimieren und deren Zersplitterung durch nationale Landesgrenzen und Interessen zu beseitigen.

Gleichzeitig hatte ich die einmalige Chance, die vielfältigen Themen in den bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland aus deutscher Perspektive kennenzulernen und zu bearbeiten. Die erfolgreiche Zusammenarbeit während der Fußballmeisterschaft in Polen und in der Ukraine 2012 war eines meiner Bearbeitungsfelder. Dank der durch Deutschland und Polen aus diesem Anlass vereinfachten Verwaltungsprozeduren konnten die europäischen Fußballfans aus beiden Ländern schnell und problemlos in die Ukraine reisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren – kann so ein einjähriges Erlebnis eines polnischen Beamten in Deutschland irgendeinen Einfluss auf so eine Institution wie die Europäische Union haben?

Alle Stipendiaten des Bellevue Programms haben die gleiche Aufgabe vor sich – Berufserfahrungen auszutauschen, für ein besseres Verständnis der kulturellen Eigenheiten unserer Länder zu werben und nicht zuletzt Europa für uns zu entdecken. Dabei sind wir, wenn auch im Kleinen, europäische Botschafter, die auf der Arbeitsebene der Verwaltung wie auch im alltäglichen Leben für die Ideen der Toleranz, Integration, Kooperation und des Zusammenwirkens werben.

Wir sind in unseren jeweiligen Feldern Fachleute, die im Beruf ihre Unterstützung anbieten, aber auch einfach Freunde, die Spaß an der internationalen Zusammenarbeit haben. Dabei baut jeder Stipendiat in seinem Gastland ein wertvolles Netzwerk von Kontakten. Diese Netzwerke gilt es auch nach Ende des Auslandsaufenthalts weiter zu pflegen und zu entwickeln, denn sie verbinden Menschen aus verschiedenen Mitgliedstaaten auf der Arbeitsebene der Verwaltung. Auf dieser Ebene werden zwar nicht die großen Entscheidungen zur EU gefällt. Aber wir verwirklichen in unserer täglichen Arbeit Europa. Wir leben Europa und manchmal fordert Europa uns alle heraus.

Die Europäische Union ist eine gemeinsame Herausforderung für uns alle. In meinem Beruf stehe ich an der Schnittstelle zwischen europäischen Angelegenheiten und den Anliegen der polnischen Unter-

nehmen und Bürger. Da ich so die Erwartungen beider Seiten kenne, habe ich deutlich vor Augen, wie viel Anstrengungen die Europäische Union schon in vielen Bereichen unternommen hat, und wie viel gleichzeitig noch erforderlich ist, um Europa den Bürgern in Polen näher zu bringen.

Ich treffe mich etwa mit Luftfahrtunternehmen, die sich nicht immer bewusst sind, was für Rechte und Möglichkeiten auf dem gemeinsamen europäischen Markt für ihre Entwicklung bestehen – dass sie beispielsweise das Recht zur gleichen Anerkennung in jedem europäischen Land haben. Wegen der unpräzisen europäischen Vorschriften werden manchmal gleiche Angelegenheiten in unterschiedlichen Mitgliedstaaten anders interpretiert und gehandhabt. Ebenfalls kommt vor, dass einander widersprechende europäische und nationale Normen gleichzeitig durch die Verwaltung und Unternehmen angewendet werden müssen. Diese Unklarheiten beeinträchtigen nicht nur die Anerkennung der europäischen Verwaltungsarbeit, sondern auch das tägliche Handeln der polnischen und europäischen Unternehmen. Ziel sollte es sein, solche Situationen durch eine stärkere Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten wirksam zu vermeiden.

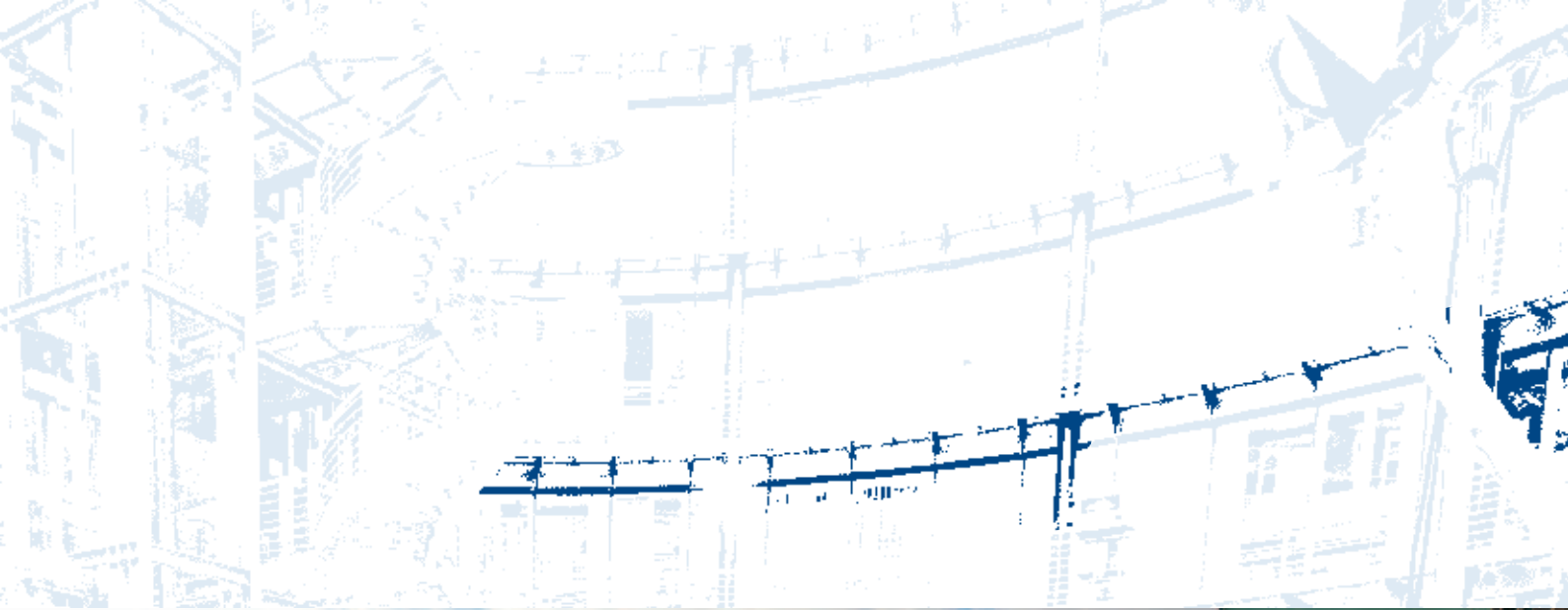
In meinem privaten Umfeld höre ich oft von Freunden, Kollegen und Familienmitgliedern, wie ihre Meinung über die Europäische Union ist und was sie davon für sich persönlich erwarten. Für die junge Generation in Polen ist die Europäische Union eine Selbstverständlichkeit. Geschlossene Landesgrenzen der Mitgliedstaaten sind nicht mehr vorstellbar und die Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union betrachten wir als unser Grundrecht. Wir stellen uns kein anderes Europa vor als das, was wir haben, das uns Ausbildungschancen und Entwicklungsperspektiven sichert, aber auch ein Europa, das auf steigende Arbeitslosigkeit reagiert und sich um den Wohlstand seiner Bürger kümmert.

Für die ältere Generation in Polen, für die Generation meiner Eltern, ist die Integration Europas dagegen immer noch eine Neuheit. Obwohl die Ideen der Europäischen Union allen im Allgemeinen bekannt sein mögen, werden sie im Alltag nicht immer verstanden und wahrgenommen. Anders als die jungen Leute fahren die Älteren nicht so oft ins Ausland, ziehen in kein anderes Land um, lernen keine Fremdsprachen mehr, führen keine internationale Geschäfte. Für

diese Generation soll Europa die Garantin der Stabilität, ihrer finanziellen Sicherheit und eines würdevollen Ruhestands sein, was nicht selbstverständlich ist.

Nach den Statistiken vom Eurobarometer vom Frühjahr 2013 fühlen sich zwar 70 % der polnischen Bürger als Bürger der EU. Auf europäischer Ebene haben nur drei von zehn Europäern ein positives Bild von der EU. Weitere vier von zehn Europäern äußern sich neutral, während fast jeder dritte mit der EU ein negatives Bild verbinden. Man muss deswegen weitere Initiative ergreifen, Europa allen Generationen zu erklären, die Integration zu fördern und die erreichten Fortschritte Europas besser zu kommunizieren. Die Europa-Rede ermöglicht diese Kommunikation. Ebenso das Bellevue Programm, durch Stärkung der EU durch Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene. Jede Anstrengung für Europa lohnt sich. Diese beharrliche Arbeit ist notwendig, um den Bürger in jedem Mitgliedstaat der EU zu beweisen, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU wirklich in ihrem eigenen persönlichen Interesse ist. Ziel muss es sein, die Menschen zu überzeugen, dass die Europäische Union engagiert und in der Lage ist, eine stabile wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung in allen Mitgliedsländern zu ermöglichen und einen gemeinsamen Geist zu schaffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



„Die Ereignisse jener letzten Monate des Jahres 1989 mögen bereits weit in der Vergangenheit liegen. Doch was sie damals in Gang setzten, hat noch heute Auswirkungen auf unsere Welt.“

Herman Van Rompuy

Das „Nach-Mauer-Europa“ gestalten wir gemeinsam

Es ist mir eine große Freude und Ehre, hier in Berlin zur Erinnerung an den 9. November eine Rede halten zu dürfen. Vor drei Jahren war ich schon einmal zum selben Anlass in Berlin. Jedoch hielt ich meine Rede damals an einem anderen Ort: im Pergamonmuseum. Umgeben von Olympischen Göttern und antiken Statuen – es war sehr beeindruckend. Heute nehme ich ein anderes Umfeld wahr, eine andere Perspektive. Wir haben die Antike verlassen und befinden uns stattdessen im 18. Jahrhundert, als dieser wunderschöne Platz gebaut wurde.

Der Name, den man diesem Platz einige Jahre später verlieh, als Ihre Stadt sich von den Wunden der Napoleonischen Kriege erholte, ist ein Zeugnis des preußischen Stolzes. Auch wenn in dieser Hinsicht der Name „Pariser Platz“ ganz bestimmt diplomatischer ist als die Londoner Variante für dieselbe Schlacht...Waterloo Station...!

Natürlich ruft für Sie, für die Berlinerinnen und Berliner hier und heute der „Pariser Platz“ eher die jüngere Geschichte in Erinnerung. Auf den Tag genau begehen wir den Jahrestag des Mauerfalls. Von hier können wir fast das Brandenburger Tor sehen, wo sich vor 24 Jahren an jenem Tag um 21:30 Uhr der Freiheitsdrang entlud.

Ich sagte es bereits vor drei Jahren und wiederhole es heute: für mich ist der 9. November 1989 wohl der wichtigste Wendepunkt nicht nur für Deutschland, sondern in der jüngeren Geschichte Europas überhaupt.

Somit habe ich mit großer Freude die Einladung der Organisatoren, heute hierher zu kommen, angenommen und danke Ihnen allen dafür. Ich hoffe, Sie werden es mir gestatten, einer Person ganz besonders zu danken – Präsident Hans-Gert Pötering. Als ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und dessen dienstältestes Mitglied ist er auch die treibende Kraft des „Hauses der Europäischen Ge-



schichte“ in Brüssel, das uns schon bald erzählen wird, warum wir Europäer uns vereint haben und warum wir vereint bleiben müssen. Vielen Dank.

Europa nach dem Mauerfall

Ein europäischer Premierminister formulierte es damals folgendermaßen: „Die Geschichte galoppierte reiterlos durch die Nacht des Mauerfalls, wie ein durchgegangenes Pferd.“ Die Geschichte – „reiterlos, wie ein durchgegangenes Pferd“: wie bekommt man die Zügel in die Hand, wie lenkt man die Kraft?

Die Ereignisse jener letzten Monate des Jahres 1989 mögen bereits weit in der Vergangenheit liegen. Doch was sie damals in Gang setzten, hat noch heute Auswirkungen auf unsere Welt. Der Fall der Berliner Mauer beendete die Nachkriegszeit. Es begann die „Nach-Mauer-Zeit“. Wir in Europa leben noch heute in ihr.

Der 9. November öffnete den Weg für ein vereintes Deutschland in einem enger vereinten Europa. Die Wiedervereinigung Deutschlands verlief politisch äußerst schnell. Nur elf Monate waren es vom Mauerfall bis zur Wiedervereinigung. Die Rasanz war atemberaubend. Für die Gesellschaft, für die Menschen jedoch, dauerte es länger, bis sich diese tiefgreifenden Veränderungen setzten. Es brauchte Zeit und Mühe, um ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu entwickeln, damit sich alle in einem neuen Deutschland wahrhaft zu Hause fühlten. Zuweilen kam Ostalgie auf, aber auch

Westalgie. Doch am Ende wurde aus dem ‚neuen Deutschland‘ einfach ‚Deutschland‘, für alle. Bundespräsident Gauck sprach vor einem Monat in Stuttgart von dem Stolz Ihres Landes, dies gemeinsam erreicht zu haben, „Ostdeutsche, Westdeutsche und Neudeutsche, alle zusammen“.

Lassen Sie uns jetzt für einen Moment überlegen, wie sich dieser Prozess auf Europa insgesamt ausgewirkt hat. Er war genauso weitreichend, aber vielleicht schwieriger zu begreifen. Er vollzog sich im Schatten der deutschen Ereignisse und über einen längeren Zeitraum. Eigentlich sind wir noch immer dabei, mit dieser neuen Situation zurechtzukommen. Wir haben noch nicht den Punkt erreicht, wo wir sagen können: „Das ‚neue Europa‘ ist einfach ‚Europa‘ geworden, für alle.“

In Europa überschlugen sich förmlich die politischen Ereignisse. Innerhalb von vier Jahren war 1993 aus der alten Europäischen Gemeinschaft eine politische Union, die Europäische Union geworden. Im Juni des Jahres erklärten die Führer der westlichen Mitgliedsstaaten ihre Bereitschaft, die Länder des Ostens, die hinter dem Eisernen Vorhang abgeschottet gewesen waren, in der Union willkommen zu heißen. Es war keine Wiedervereinigung, aber dennoch eine Vereinigung!

Am 1. November 1993 wurde mit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages (dem Unionsvertrag) der Weg zur Unionsbürgerschaft, zur gemeinsamen Währung und zu einer gemeinsamen Außenpolitik geöffnet. In der Tat revolutionäre Ereignisse, von denen keines ohne das Jahr 1989 möglich gewesen wäre. Hier stehen wir also: vom Mauerfall bis zur Europäischen Union.

Aber genauso wie es für die Deutschen zutraf, braucht es auch für die Europäer, die Menschen und die Gesellschaft Zeit, mit diesen neuen Realitäten zurechtzukommen, sich tatsächlich in diesem neuen Nach-Mauer-Europa zu Hause zu fühlen – genauer gesagt, viel mehr Zeit als die Menschen in Deutschland dafür brauchten.

Wir können sogar gewisse Formen der Nostalgie auch im Falle Europas beobachten: jene Tage der gemütlichen Gemeinschaft der Zwölf, die Zeit des französischen Franc, der D-Mark, der Lira oder des holländischen Gulden. Niemand jedoch sehnt sich



zurück nach den Zeiten vor 1989. Das Nach-Mauer-Europa befindet sich aber noch im Aufbau.

Jene von mir erwähnten großen Veränderungen bezüglich der Währung, der EU-Bürgerschaft, der Erweiterung und unserer gemeinsamen Stimme in der Welt werden heute – nach zwanzig Jahren – noch immer geformt und debattiert. Es sind diese Veränderungen, über die ich heute sprechen möchte.

Eurozone und Wirtschaft

Ich möchte mit Ihnen an diesem Vormittag darüber sprechen, wie wir auch heute noch dieses neue Nach-Mauer-Europa gestalten. Dabei werde ich mich auf drei Themen konzentrieren:

- Was bedeutet es, eine gemeinsame Währung zu haben?
- Was bedeutet es, sich in jedem EU-Land frei bewegen und niederlassen zu können?
- Was ist nötig, um unser ganzes Gewicht in der Welt zu Geltung zu bringen?

Diese Fragen beziehen sich nicht nur auf die Politik und die politischen Entscheidungen, sondern auch auf die Erfahrungen der Menschen in diesem neuen Europa.

Lassen Sie mich mit dem ersten Punkt beginnen: dem Euro. Die Tatsache, wie ich eben sagte, dass wir 2013 noch immer mit den Auswirkungen der Entscheidungen zwischen dem Mauerfall und Maastricht beschäftigt sind, wird deutlich, wenn es um unsere Währung geht.

Die Krise machte auf brutale Weise klar, dass die Eurozone, so wie sie anfänglich konzipiert war, leider nicht gerüstet war, um einem Sturm wie im Jahre 2010 zu widerstehen. Seither haben wir gemeinsam rund um die Uhr gearbeitet. Mit Erfolg! Heute liegt die existen-

zielle Gefahr für die Eurozone hinter uns. Die Rettung des Euro, die Stärkung und Stabilisierung der Eurozone – das wird das Vermächtnis meiner Generation europäischer Führer sein. Und die Geschichte wird Zeugnis ablegen von der bedeutsamen Rolle von Kanzlerin Merkel und anderen bei diesem Erfolg.

Der Schock der Eurokrise war ein Warnruf. Für jedes einzelne Land, aber auch für alle insgesamt.

Alle Anstrengungen der letzten drei, vier Jahre – die Rettungsmechanismen, die Schuldenbremse, die neue Beaufsichtigung der Wirtschaft und der Haushalte, die Bankenunion, die sich derzeit im Aufbau befindet – all dies kann man zusammenfassen als Lehren aus der gegenseitigen Abhängigkeit. Was heißt es, eine gemeinsame Währung in unseren Ländern zu verwenden und wie kommt man damit klar?

Es war nicht immer leicht. Aber gemeinsam, als Europäer mobilisierten wir die Mittel und Gelder, um Länder in Not vor den Märkten zu schützen. Es handelte sich um eine beispiellose Solidarität und auf höchst sichtbare Weise um etwas, was mit allem Bisherigen in der Union unvergleichbar ist.

Natürlich gab es Kritik. Zum Beispiel gegen die ‚Sparmaßnahmen‘ oder die währungspolitischen Entscheidungen. Aber diese Kritik hatte vielleicht übersehen, dass einige Länder riesige ursächliche Probleme angehäuft hatten, ehe die Krise ausgebrochen war, und, dass deren Beilegung ohne den Euro noch viel schwieriger geworden wäre. Sie hatte übersehen, dass die Überwindung einer Krise übermäßiger Staatsverschuldung durch eine noch größere Verschuldung einfach nicht funktioniert. Für unterstützte Länder, die längere Anpassungszeiträume forderten, hieße es, die Tatsache zu ignorieren, dass, so oder so, noch mehr Kredite aufgenommen werden müssten – die am Ende zu tilgen sind.

Als Präsident des Europäischen Rates habe ich von Anfang an alle führenden Persönlichkeiten stets daran erinnert, dass wir an zwei Fronten arbeiten müssen: mehr Verantwortung, mehr Solidarität. Beides gehört zusammen. Wir haben insgesamt eine entsprechende Ausgewogenheit erreicht. Nicht auf Kosten der einen oder anderen Notwendigkeit, sondern, indem wir beide beachtet haben. Denken Sie zum Beispiel an den vereinbarten Doppelvertrag, den Europäischen Stabilitätsmechanismus und den Fiskalpakt – oder anders

gesagt, unseren Solidaritätsvertrag und unseren Verantwortlichkeitsvertrag. Eine gute Balance.

Werfen wir nun einen Blick über die Grenzen Europas hinaus. In der Zeit, in der wir existenzielle Herausforderungen bewältigten, war die Welt nicht stehen geblieben. Sie ist heute eine Welt wachsender Konkurrenz geworden, in der Hunderte von Millionen von Männern und Frauen die Armut hinter sich lassen und die globalen Märkte betreten, auf der Suche nach Arbeit, mit Ideen, Ressourcen, mit Energie und Hochschulabschlüssen.

Es sind nicht nur neue Wettbewerber, die aufholen, sondern auch ältere Konkurrenten, die riskieren, nach vorn zu preschen. Zum Beispiel die Vereinigten Staaten, deren Energienutzung heute viel billiger ist als unsere. In Deutschland brauche ich niemanden daran zu erinnern.

Hier in Europa leben 500 Millionen Menschen: allgemein gut ausgebildet, relativ wohlhabend, mit bürgerlichen Freiheiten und in Sicherheit. Zusammen sind wir der größte Markt der Welt und eine Kraft, mit der man rechnen muss.

Die Wahrheit ist jedoch diese: Wenn wir im Geschäft bleiben wollen, um unsere Sozialmodelle, unsere Arbeitsplätze, unsere einmalige Lebensweise zu bewahren, können wir uns einfach nicht zurücklehnen. Es wäre der sicherste Weg, die Zukunft der kommenden Generationen zu verschwenden.

Und das trifft auf alle Länder zu. Alle – ohne Ausnahme – müssen konkurrenzfähiger werden. Alle müssen sich reformieren. Viele führen Reformen durch, besonders jene, die von der Krise am meisten erschüttert wurden. Die Länder, deren Produktivität sich seit 2010 am meisten verbessert hat, sind genau jene, die an der sogenannten Peripherie liegen, wie Spanien, Portugal oder Irland.

Doch das Rad der Geschichte dreht sich auch für die Länder des sogenannten Nordens weiter. Wer nach oben gekommen ist, kann auch wieder nach unten fallen. Auch sie müssen sich reformieren. Dazu gehört natürlich auch Deutschland. Denken Sie an die massiven demographischen Herausforderungen, vor denen Sie stehen, an den Zustand der Verkehrsinfrastruktur, das ungenutzte Potenzial Ihres Dienstleistungsmarktes oder an die hohen Energiekosten. Ich weiß natürlich,

dass diese Themen Teil der öffentlichen Debatte in Ihrem Land sind.

In den letzten Jahren ist die Rolle Deutschlands in der Eurozone von wesentlicher Bedeutung gewesen. Sie waren nicht nur ein Verfechter des Euro, sondern sind wahrscheinlich der stärkste Befürworter von Wirtschaftsreformen gewesen, haben auf Risiken aufmerksam gemacht und wirtschaftlichen Weitblick in die europäische Debatte eingebracht. Dafür möchte ich Ihre führenden Politiker loben.

Ihr Land ist mit den eigenen vorausgesagten Risiken und Herausforderungen der Zukunft konfrontiert. Um zu verhindern, dass sich diese morgen ausbreiten, muss Ihr Land bereits heute beherzt handeln. Wenn es um Ergebnisse und Reformen gehen soll, ist jene Führung am überzeugendsten, die mit gutem Beispiel voran geht.

Wir haben mit der Krise gelernt, dass sich wirtschaftliche Notlagen in einem Land auf uns alle auswirken können, genauso wie der Erfolg eines Landes allen anderen nutzen kann. Wir nennen dies Interdependenz. In der Eurozone müssen wir auf die Einzelkomponenten als auch die Gesamtheit schauen. Eine gemeinsame Währung erfordert ein höheres Maß gemeinsamer Politik: So einfach ist das.

Eine Reihe von neuen Instrumenten zur Förderung von mehr Wirtschaftskoordination ist bereits auf den Weg gebracht worden. Ein wichtiges Element fehlt dabei noch: die ‚Abkommen‘, auf deren Grundlage sich die Länder zu bestimmten durchgreifenden Reformen verpflichten, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungssituation zu verbessern, und zwar mit Elementen der Solidarität. Im Hinblick auf diese Abkommen werden wir im Dezember weiter vorangehen.

Dann werden wir auch über die nächsten Schritte in Richtung Bankenunion befinden. Die von uns einzuführende einheitliche Beaufsichtigung der Banken in der Eurozone wird nun durch den einheitlichen Abwicklungsmechanismus ergänzt. Diese beiden Mechanismen gehören eng zusammen. Zur Vorbereitung dieses Schrittes müssen die Banken einen Bankenbilanztest durchlaufen, um zu gewährleisten, dass sie solide sind, ehe sie unserer gemeinsamen Bankenunion beitreten.

Damit steht der Bericht über die Herstellung einer wahrhaften Wirtschafts- und Währungsunion, den ich führenden EU-Politikern vorgelegt habe, kurz vor der Vollendung.

Noch ein abschließender Punkt zum Euro. Im Ergebnis all dieser Maßnahmen – das betrifft das schnelle Eingreifen in Notsituationen, die Verhinderung zukünftiger Krisen und auch langfristige Ziele – sind die Europäer jetzt viel besser gerüstet, um Turbulenzen auszuhalten. Der schwere Schock hat bewirkt, dass, zumindest unter den führenden Politikern, ein geschärftes Bewusstsein bezüglich des Ausmaßes der wirtschaftlichen Herausforderung entstand. Für die Politiker ist die Krise eine eindringliche Warnung gewesen. Gut für den Anfang. Die Schwierigkeit besteht aber jetzt darin, die Unterstützung der Öffentlichkeit für diese und weitere Veränderungen zu mobilisieren. Es ist der einzige Weg für den europäischen Kontinent, der attraktive Standort in der Welt zu bleiben.

Krise und Vertrauensverlust als Nährboden für Populismus

Die Bemühungen der europäischen Regierungen zur Ordnung der Wirtschaft sind eine Sache, die Erfahrungen der Menschen in ganz Europa ist häufig eine andere. Die Menschen sind besorgt. Verständlicherweise. Im globalen Wettbewerb ist es schwerer geworden, den Arbeitsplatz zu behalten – oder einen zu finden. Für viele ist es nicht mehr so einfach, über die Runden zu kommen, und für ihre Kinder könnte es sogar noch härter werden. Orientierungslosigkeit kann der Nährboden für Angst sein – ein Gefühl, die Kontrolle zu verlieren.

Das kann dazu führen, dass Menschen sich in geschlossene Kreise zurückziehen auf der Suche nach irgendeinem Halt. Oder man tritt den Rückzug an in Richtung Gleichgültigkeit und Selbstsucht, in ein „Jeder-für-sich“. Es ist eine weit verbreitete Erscheinung, die bereits 10 bis 20 Jahre vor der jetzigen Finanzkrise auftrat. In einigen Ländern – und Deutschland ist heute vielleicht eine Ausnahme, eine wichtige Ausnahme – beobachten wir, wie diese Mischung aus Veränderung und Angst Populismus schürt.

Populismus: ein Ventil für Angst und Verbitterung, die Aussicht auf eine wiederhergestellte Identität, die Illusion, dass durch das Hochziehen eines Zaunes die



Uhr zurückgedreht werden könnte, die Lüge, dass man auf dem Weltmarkt überleben kann, ohne sich anzustrengen.

Der Erfolg des Populismus – in seinen verschiedenen Ausprägungen – hat andererseits auch mit den fehlenden Angeboten auf dem Politik-Markt zu tun, mit einer Krise der traditionellen Politik in vielen Mitgliedsstaaten und vielerorts mit dem schwindenden Vertrauen der Wähler in ihre Vertreter. Vertrauen ist das Schlüsselwort!

Angesichts der heutigen globalen Veränderungen wissen die Menschen, dass einige Dinge in unseren Gesellschaften angepasst werden müssen. Aber zu entscheiden, was genau zu ändern ist und wann und wie, das ist niemals einfach. Wir zahlen einen Preis für die Unfähigkeit unserer Gesellschaften, den Knoten zu zerschlagen. Die Menschen geben der Globalisierung die Schuld. Doch sehr oft sind die ‚Opfer‘ der Globalisierung eigentlich Opfer der Reformen, die nicht durchgeführt wurden.

Manchmal scheint dies ein Teufelskreis zu sein: kein politisches Vertrauen bedeutet kein Mandat für Veränderung. Aber keine Veränderung wird schließlich das Vertrauen noch weiter zerstören. Wir können und müssen diesen Teufelskreis durchbrechen und eine Perspektive für positive Veränderung eröffnen!

Im gegenwärtigen Klima befindet sich die Europäische Union jedoch unter einem zweifachen Druck: Sie leidet unter dem geringen Vertrauen in die Politik im Allgemeinen und ist auch in besonderer Hinsicht betroffen.

Zum Beispiel wird ‚Europa‘ heute für das verantwortlich gemacht, was die Globalisierung fordert. Natürlich gab es schon lange vor dem antieuropäischen Populismus die Angst vor globalen Marktkräften. Doch der gemeinsame Schutzschild wird heute als äußere Bedrohung wahrgenommen.

Die Wirtschaftskrise hat die Europäische Union gezwungen, eine neue Rolle zu übernehmen. Jahrzehntlang stand das Projekt Europa (von den Klagen über die Normierung der Krümmung von Gurken einmal abgesehen) für Öffnung, Befreiung, Schaffung von Chancen, Emanzipation, Befähigung. Heute betrachtet man Europa als eine Einrichtung, die aufdringlich ist, sich einmischt, diktiert, urteilt, korrigiert, vorschreibt, oktroyiert, ja sogar bestraft.

Nun sollte allerdings hinzugefügt werden, dass die Institutionen von den Regierungen gebeten wurden, diese Rolle zu übernehmen, als ob letztere ihr „Über-Ich“ an Brüssel ausgegliedert haben. Anders gesagt, wo Selbstbeschränkung versagt, wo allgemeine Regeln verletzt werden, muss am Ende Reglementierung ins Spiel kommen. Dies ist nicht angenehm, für keine Seite.

All das läuft auf folgendes hinaus: Heute haben viele Menschen in Europa den Eindruck, dass Europa sie schwächer macht. Demgegenüber stand bei der Gründung das Versprechen, dass Europa die Menschen und die Länder stärken wird. Was können wir tun, um die Situation zu bereinigen?

Die erste und grundlegende Antwort ist: Ergebnisse. Wir durchlaufen zweifellos eine schwierige Phase, doch der Weg ist richtig. Am Ende überzeugen die Menschen vor allem Ergebnisse: wiederkehrendes Wachstum, neue Arbeitsplätze, sichtbare Zeichen, dass sich die von den Gesellschaften und Regierungen geleistete Arbeit auszahlt – sowohl einzeln, aber auch gemeinsam als Union.

Die Menschen zu überzeugen, dass Europa Teil der Lösung darstellt, ist aber nicht nur eine Angelegenheit der Wirtschaft; sondern natürlich auch eine Sache von Worten.

Die führenden Politiker müssen die Wahrheit sagen. Eine dieser Wahrheiten ist, dass es keine Patentlösungen gibt, dass Reformen, die das Wachstum stärken und Arbeitsplätze schaffen, Zeit erfordern. Eine weitere ist, dass die letztendliche Antwort auf die Krise keine neuen Finanzinstrumente (Fonds oder Bonds), auch nicht die Rückkehr zu nationalen Währungen sein kann, sondern Veränderungen in der Realwirtschaft. Und hier noch eine weitere Wahrheit: die Kosten wären ohne Europa kaum zu tragen. Jene, die behaupten, dass ihr Land es alleine schaffen könnte, verkaufen Illusionen. Populismus und Nationalismus können auf die Herausforderungen unserer Zeit keine Antworten geben. Die Politiker müssen verständlich machen, was auf dem Spiel steht. Sie müssen ihre pro-europäische Überzeugung auch laut äußern.

Wie kann man die Forderung stellen, die europäische Sache zu unterstützen, wenn führende Politiker nicht den Mut haben, die europäische Integration zu verteidigen und zu befördern? Es ist ganz einfach. Wir brauchen eine positive Sprache – wie ich sie von führenden Politikern hierzulande höre. Alle müssen das Erreichte verteidigen, nicht halbherzig, sondern mit Überzeugung.

Ergebnisse, Klartext, Überzeugung: das sind die elementaren Begriffe. Einige Kommentatoren glauben, dass die Unbeliebtheit der EU auch noch über einen



anderen Weg überwunden werden könnte, mit einer Generalüberholung der Institutionen. Für mich geht dies an der Sache vorbei.

Ich möchte stattdessen etwas anderes mit Ihnen untersuchen, etwas vielleicht Grundsätzlicheres, nämlich die tatsächlichen Erfahrungen der Menschen unseres Kontinents.

Europa als ein Raum und ein Ort

Eine Hauptfrage, die sich vor uns erhebt, ist folgende: Ist Europa nur ein Raum, eine Zone, in der man sich bewegt, oder auch ein Ort, an dem wir uns zu Hause fühlen können, ein Ort der Heimat? Die beiden Dinge sind nicht dasselbe. Sie können sogar gegenteilig sein. Bei einem Ort geht es um Ordnung, er bringt Stabilität und Vorhersehbarkeit. Zum Beispiel können zwei Dinge nicht am selben Ort sein. Bei einem Raum hingegen geht es um Bewegung und Möglichkeiten. Ein Raum bringt die Elemente Richtung, Geschwindigkeit und Zeit ins Spiel. Dies mögen abstrakte Begriffe sein, doch die Wirkung ihrer Inhalte ist in der heutigen Europäischen Union eindeutig feststellbar.

Denken Sie darüber nach. Die führenden Politiker Europas haben jahrzehntelang daran gearbeitet, die Territorien der Mitgliedsstaaten in einen Raum zu verwandeln. Von Anfang an gründete sich die Gemeinschaft auf den Elan der Bewegung. Alles Handeln war auf die Beseitigung von Grenzen gerichtet, um Waren, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren zu lassen und den Menschen Reisefreiheit zu ermöglichen.

Es ging – und geht noch immer – um die Schaffung von Möglichkeiten: die Freizügigkeit für Menschen und Unternehmen, um Initiative, um die Nutzung von Chancen an einem anderen Ort. Viel Energie, Vision

und Überzeugungsarbeit ist in diese Aufgabe geflossen. Auch heute noch geht es um die Beseitigung von Grenzen – in den Bereichen Energie, Telekom, der Digitalwirtschaft. Ein langer Kampf um die Schaffung Europas als einen Raum.

Viel weniger Aufmerksamkeit hat hingegen der Schaffung Europas als Ort, als Heimat gegolten. Während des Kalten Krieges hätte niemand erwartet, dass sich Europa von einem Markt in eine Heimat umgestaltet. Aus gutem Grund: die Herstellung von Stabilität und Planungssicherheit, das Angebot von Schutz und ein Zugehörigkeitsgefühl – das war das Aufgabengebiet der Mitgliedsstaaten. Denken Sie an die Wohlfahrtsstaaten.

Die implizite Abmachung war, dass sich die Union nicht einmischte. Eine gute Arbeitsteilung, die jedoch unter Druck geriet – nicht erst seit der Krise. Das führt manchmal zu widersprüchlichen Forderungen. Heute fordern einige, dass sich Europa weniger einmische und sich heraushalten soll. Andere fordern das Gegenteil und mehr Hilfe. Wir brauchen eine Balance. Damit Europa ein Ort wird, an dem man sich zu Hause fühlt, muss unsere Union auf jeden Fall in der Lage sein, nicht nur die Menschen zu schützen, sondern zumindest auch die Orte des Schutzes und der Zugehörigkeit zu respektieren – seien es nun nationale Sozialvereinbarungen oder einheimischer Käse.

Es gibt noch eine weitere Herausforderung: unsere noch immer offene Geographie, die es nicht leichter macht, dass Europa zu einer Heimat, einem Heimatort werden kann. Immer wenn unsere Union erweitert wird, bitten wir die Menschen, sich im neuen Club zu Hause zu fühlen.

Sicherlich führte die schrittweise Erweiterung zu einer Annäherung der politischen und geographischen Identitäten in Europa. Die große Mehrheit der Länder auf unserem Kontinent befindet sich jetzt in der Union. Wo aber endet „Europa“? Wir müssen zugeben, wir haben noch keine Antwort. Es gibt aber keinen Grund, sich dafür zu schämen. Das kommt bei vielen wichtigen Fragen im Leben vor!

Einige Fälle sind klar. Zum Beispiel der Balkan, dessen Zukunft sicher in der Union liegt. Nach Kroatien, unserem jüngsten Mitglied, werden weitere folgen, wenn sie die Kriterien erfüllen – es ist ihr ‚offenkundiges Schicksal‘. Andere Fälle sind weniger eindeutig.

Und im Allgemeinen scheinen wir – aus leicht erklärbaren Gründen – unfähig zu sein, die letztendlichen Grenzen der Union zu definieren. Es ist eine Realität für Diplomaten, aber für Bürger eine Beobachtung, die sie verunsichert.

Diese Woche haben wir die Verhandlungen mit der Türkei wieder aufgenommen: wirklich eine gute Sache. Wie erwähnt, illustriert dieser Fall auch für Europa, dass für einige das Vorhandensein eines Raumes unvereinbar mit der Entwicklung zu einem Ort sein kann.

Freizügigkeit und Migration

Wenn ich über den Raum spreche, denken Sie vielleicht, dass ich jetzt vollkommen vom Thema abgescweift bin. Dem ist jedoch keineswegs so! Für unser Verhältnis zur Geographie ist es entscheidend, zwei andere Bereiche zu verstehen, die sich „vom Mauerfall bis Maastricht“ fundamental verändert haben. Die EU-Bürgerschaft und unsere Rolle in der Welt.

Vielleicht ist es Ihnen entgangen, aber vor acht Tagen hätten die meisten von uns, die älter als 20 Jahre sind, ihren 20. Jahrestag als EU-Bürger begehen können.

Es war ein Novum des Maastrichter Vertrages, das vom ersten Tag zur Realität wurde, zumindest rechtlich gesehen. Die neue „EU-Bürgerschaft“ begründete u. a. das Recht für alle Bürger der Mitgliedsstaaten, sich innerhalb unserer Union frei zu bewegen und sich an einem beliebigen Ort der Union niederzulassen.

Diese Freiheit gründet sich auf die bestehenden Regelungen der Römischen Verträge bezüglich der Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Sie war konzipiert als ökonomische Disposition für den Gemeinsamen Markt. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer sollte auf die gleiche Ebene des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs gehoben werden.

Infolge des Mauerfalls kam es schließlich zur grundlegenden Veränderung und zum Durchbruch, der aus der ursprünglich ökonomischen Überlegung eine Grundfreiheit, ein politisches Recht werden ließ. Mir gefällt der Gedanke, dass das, was 1989 mit der Flucht vor der Tyrannei begann, d. h. die Freiheitsbestrebungen in Gdansk, in Budapest, in Prag, Leipzig und deren Höhepunkt hier direkt am Brandenburger Tor, zur Freizügigkeit aller Europäer führte.

Seitdem haben viele Männer und Frauen aus Ost und West, aus Nord und Süd die Gelegenheit genutzt Europäer zu sein, zu Hause oder in einem anderen Land.

Ein Raum der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit – sowohl für rastlose Reisende als auch Bürger, die lieber zu Hause bleiben – ist für mich mehr als ein Element einer Wirtschaftsunion. Er ist eine Säule des neuen Nach-Mauer-Europas, ein Zeichen der Zivilisation.

In letzter Zeit ist diese große Errungenschaft unter eine gewisse Kritik geraten, was angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ungewissheiten leider kaum überrascht. Neben Schlagwörtern wie ‚Sozialhilfetourismus‘ oder ‚Sozialdumping‘ werden alle möglichen Dinge – ob reale oder wahrgenommene – häufig durcheinander gebracht. Inmitten dieser Verwirrungen und Gefühlsäußerungen ist die Voreingenommenheit gegenüber anderen EU-Bürgern auf besorgniserregende Weise auf dem Vormarsch. Dies muss an der Wurzel bekämpft werden. Mit Fakten, mit Verständnis, mit Überzeugung.

Ich zitiere aus dem Vertrag – was ich nicht jeden Tage tue, aber ich weiß, in Deutschland sind Sie eine gute Öffentlichkeit dafür –: „Jeder Bürger der Union hat das Recht, sich auf dem Gebiet aller Mitgliedsstaaten der Union frei zu bewegen und aufzuhalten“. Eine Freiheit, die in unserem Grundgesetz verankert ist. Aus rechtlicher Sicht unterscheidet sich also ein Mitbürger der EU, der sein Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Union nutzt, grundsätzlich von externer Migration, von Menschen, die von außerhalb der Union einreisen.

Natürlich sind an die Freizügigkeit Bedingungen geknüpft wie der Besitz eines gültigen Passes oder jene, keine Belastung für den Wohlfahrtsstaat des Gastgeberlandes zu sein. Doch wie bei allen Rechten wird auch dieses von Einzelpersonen missbraucht. Das ist sehr bedauerlich. Aber anstatt dieses Recht zu beschneiden, sollte dies ein Anlass sein, den Missbrauch zu bekämpfen. Die nationalen und lokalen Behörden haben die Mittel und rechtlichen Möglichkeiten, dies zu tun – und die EU hilft ihnen auch dabei. Zum Beispiel, um gegen die Schließung von Zweckehen zur Erlangung von EU-Bürgerrechten vorzugehen.

Die Regierungen müssen einerseits die Sorgen ihrer Bürger ernst nehmen, gleichzeitig haben sie aber auch die Pflicht, mit Augenmaß vorzugehen. Heute leben weniger als 3 % aller EU-Bürger in einem anderen Mitgliedsstaat. Ihr Hauptmotiv ist vor allem die Arbeit. Darüber tragen sie zum allgemeinen Wohlstand bei. Sie zahlen gewöhnlich mehr Steuern in die Staatshaushalte der Gastgeberländer ein, als sie an Leistungen und Sozialversicherung erhalten, weil sie im Durchschnitt jünger, besser ausgebildet und wirtschaftlich aktiver sind als die Arbeitnehmer ihrer Gastgeberländer. Vergessen wir nicht, die Freizügigkeit innerhalb der EU vollzieht sich in allen Richtungen: auf jeden polnischen Arbeiter in einer europäischen Hauptstadt, zum Beispiel, kommen zwei ihrer Einwohner an der spanischen Küste.

Freizügigkeit bedeutet im Grunde, dass die Menschen aus der Union frei in dasjenige Mitgliedsland reisen können, in dem ihre Fähigkeiten und Qualifikationen am meisten gebraucht werden. Selbst heute gibt es bei der gegenwärtig hohen Arbeitslosigkeit in der Union zwei Millionen offene Stellen, weil Arbeitgeber nicht die richtigen Leute finden können. Deutschland ist hierfür ein Beispiel. Diese vielen freien Stellen weisen vielmehr darauf hin, dass es eher zu wenig Mobilität als zu viel in der Europäischen Union gibt.

Wie ich schon sagte, ist die innere Freizügigkeit eine Sache, die externe Migration in der Tat eine andere. Schauen Sie sich an, wie die Menschen um den Erdball wandern. Heute fliehen die Menschen nicht mehr aus Europa wie in vergangenen Jahrhunderten, sondern nach Europa. Denken Sie an die Millionen Iren, Deutschen, Polen, Juden oder Italiener, die vor Hunger, Armut, Krieg und Völkermord aus Europa flohen. Dies ist etwas, woran wir denken sollten, wenn wir über Asyl sprechen. Immerhin sind wir jetzt der reichste Kontinent in der Welt. Solidarität dieser Art sollte uns mit Stolz erfüllen.

Dennoch sollte legale Migration nicht mit illegaler Migration verwechselt werden. Die illegale Einreise in die Union ist ein Problem, nicht nur für die Stabilität der Gesellschaften, sondern auch für die Migranten selbst. Wir alle haben noch das jüngste dramatische Ereignis vor der Küste von Lampedusa vor Augen. Auf unserer Oktobersitzung des Europäischen Rates stimmten alle Vertreter der Mitgliedsländer darin überein, dass entschlossenes Handeln erforderlich ist, um den Verlust von Menschenleben auf See zu verhindern, damit sich derartige Tragödien nicht wiederholen.



Wir wollen die Ursachen der illegalen Wanderungsströme benennen und mit den Herkunfts- und Transitländern sprechen. Wir wollen den Kampf gegen Schmuggel und Menschenhandel verstärken. Wir werden unsere Präsenz und Aktivitäten im Mittelmeer verstärken, Patrouillen an unseren Grenzen durchführen, Schiffe aufspüren und Menschenleben schützen und retten.

Auch hier gilt es, Augenmaß zu bewahren, das manchmal verloren geht. Hierzu ein paar Zahlen:

- Es gibt etwas über 300.000 Asylanträge pro Jahr an die EU.
- Etwa einem Drittel der Antragsteller wurde im letzten Jahr Schutz gewährt. Das ist ein Verhältnis von etwa 200 Asylsuchenden pro eine Million EU-Bürger, sicher überschaubare Zahlen.
- Fast drei Viertel aller Antragsteller sind in nur fünf EU-Länder gegangen: Deutschland, Frankreich, Schweden, das Vereinigte Königreich und Belgien, obwohl jene Länder, die pro Kopf die meisten Flüchtlinge aufnehmen Malta, Schweden und Luxemburg waren.
- Von den Bewerbern kamen im letzten Jahr die meisten aus Syrien, gefolgt von Afghanistan und Somalia – Menschen, die aus Kriegszonen geflohen waren. Hier ist es wirklich wichtig, die Dinge ins Verhältnis zu setzen: in zwei Kriegsjahren erlebten unsere 28 Länder die Ankunft von etwa vierzigtausend syrischen Flüchtlingen, verglichen mit nunmehr zwei Millionen Flüchtlingen in Jordanien, Libanon und der Türkei allein.

Ich hoffe, diese Zahlen können einige der Diskussionen etwas nuancieren!

Europa in der Welt

Damit bin ich heute beim dritten und abschließenden Thema: Was tun wir in der Welt? Unsere gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik spiegelt die Tatsache wider, dass wir (besonders die Schengen-Länder) eine gemeinsame Außengrenze haben. Gewissermaßen ist dies der Anfang einer gemeinsamen Außenpolitik.

Es geht um die Erkenntnis, dass all das, was auf der anderen Seite der Grenze geschieht, nicht nur eine Angelegenheit für das jeweilige benachbarte EU-Land ist, sondern uns alle betrifft. Ich habe bemerkt, dass dieses Bewusstsein in den letzten Jahren massiv angewachsen ist. Ich kann seit meiner Amtsübernahme wirklich einen Unterschied feststellen.

Um Ihnen ein Beispiel zu nennen: In zwei Wochen werden wir auf dem Gipfeltreffen in Vilnius entscheiden, ob die EU ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine unterzeichnen kann. Anders als heute wurde vor fünf Jahren – wenn ich einmal übertreiben darf – diese Beziehung als etwas betrachtet, was lediglich für Polen von Interesse zu sein schien. Heute erkennen alle führenden Vertreter – ob aus Spanien, den Niederlanden oder Österreich –, dass das, was mit der Ukraine geschieht, uns alle gemeinsam angeht.

Auch die Ereignissen in der arabischen Welt seit 2011 haben verdeutlicht, dass Entwicklungen in Tunesien oder Ägypten nicht nur Auswirkungen auf Italien, Malta oder Spanien, sondern auf alle europäischen Bürger haben. Diese Einsicht ist vollkommen neu.

Eine gemeinsame Nachbarschaft, eine gemeinsame Verantwortung

Die europäischen Länder schreiten viel häufiger zu gemeinsamen Aktionen in der Welt, als die Menschen meinen. Wir sind der größte Geber von Entwicklungshilfe in der Welt – mit Abstand. Trotz der Finanzkrise hat die EU in den letzten zwei Jahren nicht weniger als fünf neue zivile oder militärische Missionen gestartet: in Mali und Südsudan, in der Sahelzone, an der Grenze von Libyen und vor der Küste Somalias. Im Verlaufe des Jahres 2013 haben wir auch Operationen in Afghanistan, Georgien und der Demokratischen Republik Kongo erneuert.

Europa ist in Krisen- und Konfliktgebieten vertreten mit Ärzten und Nothilfepersonal, mit Agronomen und



Ingenieuren und ebenso mit Friedensrichtern, Polizeibeamten und Soldaten. Sie alle befinden sich dort, um ihre einheimischen Kollegen bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, um ein Land zu stabilisieren, um Ordnung, Rechtsstaatlichkeit und einen Gerechtigkeitsinn wiederherzustellen und um Hoffnung auf die Zukunft zu machen.

Die Europäische Union als solche ist natürlich keine Militärmacht. Insgesamt nimmt die Bedeutung militärischer Macht in der heutigen Welt ab. Wirtschaftliche Macht zählt mehr. Unter den Demokratien mit den größten Armeen beobachten wir – denkt man an die Reaktionen auf Syrien –, dass die öffentliche Meinung oder die Parlamente den Einsatz der Streitkräfte weiter einschränken. Dennoch müssen wir angesichts der Unruhen in der Welt um uns herum in der Lage sein, unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Die geopolitische Neupositionierung unseres Verbündeten, der Vereinigten Staaten, bestärkt uns noch, dies zu tun. Sind wir aber bereit, die Mittel dafür aufzubringen? Die Menschen schauen auf die europäischen Länder, einschließlich auf Deutschland, um zu sehen, ob sie bereit sind, ihre Rolle zu übernehmen. Finanziell gesehen und auch personell. Die Frage der finanziellen Mittel ist sogar noch akuter geworden angesichts der gegenwärtigen Haushaltszwänge. Deshalb habe ich für den nächsten Dezember einen Europäischen Verteidigungsrat gefordert. Kollektiv geben wir für Verteidigung mehr als die Vereinigten Staaten aus, jedoch mit anderer Wirkung. Wir sollten unser Geld effizienter einsetzen, durch Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung.

Im Zusammenhang mit der Verleihung des Friedensnobelpreises im letzten Dezember sagten die europäischen Spitzen, dass die Europäische Union all

jenen beisteht, die nach Frieden und Menschenwürde streben. Um derartiger Verantwortung gerecht zu werden, müssen wir auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung haben.

Schlussbemerkung

Betrachte ich die gesamte Arbeit, die in den letzten Jahren in meiner Amtszeit von den Regierungen und Institutionen, von Männern und Frauen überall auf unserem Kontinent geleistet wurde, bin ich optimistisch. Wir sind nicht nur dabei, die schlimmste Krise, die uns seit zwei Generationen getroffen hat, zu überwinden, sondern auch, unsere Kräfte für die Zukunft zu vereinen. Das „Nach-Mauer-Europa“ gestalten wir gemeinsam.

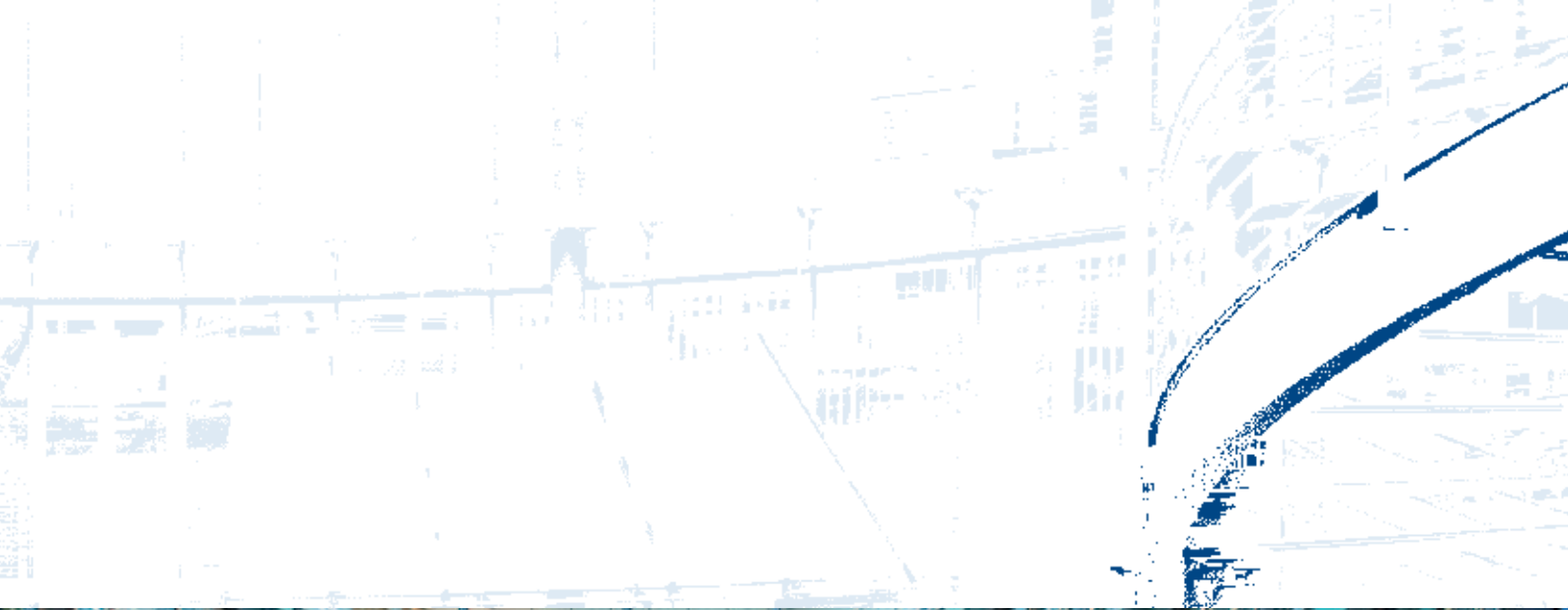
Der vor uns liegende Weg ist noch weit und wir werden wahrscheinlich unterwegs noch manche Überraschung erleben, doch in den vergangenen zwanzig Jahren haben wir der Welt und uns selbst bewiesen, dass wir den politischen Willen haben, aus den Schwierigkeiten gemeinsam gestärkt hervorzugehen.

Die Herausforderung von heute besteht, wie gesagt, darin, diese Arbeit fortzusetzen und zwar zu einem äußerst schwierigen Zeitpunkt für die Menschen Europas: in einer Zeit, da die Ergebnisse, die sie überzeugen können, noch nicht vollständig vorliegen und in der die Globalisierung und die Krise bereits Spuren hinterlassen haben. Ich bin aber guten Mutes, dass diese Arbeit der Überzeugung und des Überzeugens erfolgreich sein wird und, dass Europas Bürger der Situation gewachsen sein werden.

Einer meiner Nachfolger wird dereinst vielleicht in Berlin oder Stuttgart oder auch in Athen oder Warschau eine Rede halten, eine Rede, in der er oder sie die Geschichte erzählen wird, wie wir Europäer die Neugestaltung unseres Erdteils in den Jahrzehnten seit dem Fall der Mauer erreicht haben – als „Osteuropäer, Westeuropäer, Nordeuropäer, Südeuropäer und Neueuropäer, alle zusammen“.

Und ich hoffe, dass Europa uns immer mehr auch ein Heimatort sein kann. Heimat, so wie es Johann Wolfgang von Goethe gemeint haben mag, als er an einem heiteren Novembertag sagte: „Alle diese vortrefflichen Menschen, zu denen Sie nun ein angenehmes Verhältnis haben, das ist es, was ich eine Heimat nenne.“

Vielen Dank.



Gemeinsame europäische Erlebnisse für viele Menschen ermöglichen

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Dr. Pöttering, sehr geehrter Herr Dr. Hassemer, sehr geehrte Frau Drexler, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank, sehr geehrter Herr Van Rompuy, für Ihre inspirierende Rede an diesem historischen Tag.

Ich freue mich sehr, dass ich als Vertreterin der jungen Generation hier heute das letzte Wort haben darf. Dass ich noch zur jungen Generation gehöre, würden meine kleinen Geschwister bezweifeln. Schließlich habe ich mein Studium absolviert und bin berufstätig.

Doch tatsächlich gehöre ich zu der Generation, die sich an den 9. November 1989 nicht erinnert, und mit der Stunde Null in Europa – offen gesagt – nichts mehr verbindet. Eine Generation, für die Polen ganz natürlich zur EU gehört und für die Grenzkontrollen etwas für Überseeflüge sind. Für mich gab es schon immer die Europäische Union.

Allerdings bedeutete die EU bis zu meinem Studium für mich zweierlei:

Einerseits ein politisch und historisch notwendiges Gebilde sui generis, ein vernünftiger, intellektuell geführter Prozess der Nachkriegsnotwendigkeit.

Andererseits eine Intervenistin ohne regionale Differenzierung: Schlachtverordnungen, Tierhaltungsvorschriften und Produktionsnormen, die für das Baskenland, den Hochschwarzwald und Ost-Finnland gelten sollen? In meiner landwirtschaftlich geprägten Heimat, dem Schwarzwald, machte sich die EU mit immer neuen Vorschriften bei den Bürgern unglaublich.



So war mein Bild der Europäischen Union ein sehr gespaltenes und nicht mein eigenes.

Dies änderte sich während meines Studiums: Ich bin nach Wroclaw gegangen, allein, zum ersten Mal nach Osteuropa und ohne Sprachkenntnisse. In Polen erlebte ich selbst, was Europa bedeutet: Die Europäische Union bringt Menschen, Unternehmen, Universitäten, Städte zusammen.

Wir müssen gemeinsame europäische Erlebnisse für viele Menschen ermöglichen. Nur über Europa reden und diskutieren reicht nicht. Man muss am eigenen Leibe erfahren, was die EU ist. Überlegen Sie selbst: Warum ist die EU für Sie von Bedeutung? Sind es Gesetze, Vernunftgründe oder machen es die Freundschaften und Verbindungen aus, die Sie in ganz Europa geknüpft haben?

Städtepartnerschaften, Erasmus, Europäischer Freiwilligendienst – hier muss investiert werden. Wo bleiben neue Ideen? Ideen und eine Finanzierung für Programme, die alle Schichten und Gruppen, alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen? Denn es sind Erfahrungen der Gegenwart, die Visionen für die Zukunft entstehen lassen.



Am 3. Oktober sagte Bundespräsident Joachim Gauck: „Entscheidend ist aber unser unbedingter Wille zur gemeinsamen Gestaltung der Zukunft.“ Ich sage Ihnen: Es liegt nicht am Willen!

Ich engagiere mich für Europa, für den örtlichen Fußballverein, für den Betriebssport meines Unternehmens. Das ist aber nur möglich, weil ich ökonomisch abgesichert leben und arbeiten kann. Die Situation ist anders, wenn man arbeitslos ist, zur 400-Euro-Generation in Griechenland gehört, unterbezahlt als Praktikant arbeitet oder studieren muss, bis man 30 ist, weil es keine Jobs gibt.

Die Idee der Freizügigkeit war, die Freiheit zu haben, in einem anderen Land zu arbeiten, und nicht von der Perspektivlosigkeit im eigenen Land zur Migration gezwungen zu werden. Die EU ist nur stark, wenn alle ihre Mitglieder auch stark sind.

Wir, die Generation, die sich an den 9. November heute vor 24 Jahren nicht mehr erinnert, brauchen eigene Europa-Erlebnisse, die es uns ermöglichen die Geschichte fortzuschreiben – gerade dann, wenn Frieden eine Selbstverständlichkeit ist, europakritische Parteien Konjunktur haben und Prosperität an Grenzen stößt.

Krise heißt für mich Chance. Ich bin der festen Überzeugung: Durch Krisen wird man stärker, Krisen zwingen zum Nachdenken, zum Umdenken, zu Innovation, zu Taten.

Darum kann es nicht mehr in erster Linie um Diskurse gehen, wenn es um die Zukunft Europas geht, es muss etwas zu spüren, etwas zu sehen sein.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Impressum

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: +49 (0)30 26996-0
Telefax: +49 (0)30 26996-3261
redaktion@kas.de
www.kas.de

Stiftung Zukunft Berlin
Klingelhöferstraße 7
10785 Berlin
Telefon: +49 (0)30 2639229-0
Telefax: +49 (0)30 2639229-22
mail@stiftungzukunftberlin.eu
www.stiftungzukunftberlin.eu

Robert Bosch Stiftung
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart
Telefon: +49 (0)711 46084-0
Telefax: +49 (0)711 46084-94
info@bosch-stiftung.de
www.bosch-stiftung.de

Verantwortlich

Andreas Kleine-Kraneburg
Leiter der Akademie der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Fotos

Konrad-Adenauer-Stiftung, Marco Urban

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-95721-030-2



ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1403-1040

